

# Risiken bei Lockerung des Anbindegebotes

## „Platz fehlt dann für Leitungstrassen“ – Neue Geschäftsführerin für Planungsverband

**Straubing-Bogen.** Nicht einfach abzuhandeln war der Punkt „Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms“ in der Ausschusssitzung des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald am Mittwoch. Zu mehreren Punkten gingen die Meinungen im Planungsausschuss auseinander. Besonders große Uneinigkeit herrschte bei der Frage, wie die geplante Lockerung des Anbindegebotes bei der Gewerbeansiedlung zu sehen ist. Letztlich wurde mit 21:3 Stimmen für die zuvor diskutierte Stellungnahme gestimmt.

Wie sich zeigte, schlagen bei vielen zum Thema Anbindegebot zwei Herzen in einer Brust. Auch in den Fachvorträgen von Peter Schmid und Jürgen Schmauß von der Regierung von Niederbayern kam das zum Ausdruck, die von der Ausnutzung vorhandener Infrastrukturachsen einerseits, aber auch der Gefahr der Zersiedelung andererseits sprachen. Zu bedenken ferner: Werden immer mehr Gebiete an Autobahnen und vierspurigen Bundesstraßen verplant, „dann fehlt dort der Platz für Leitungstrassen, durch jede Lockerung schränken wir die Entwicklungsmöglichkeiten bei der Bandinfrastruktur ein“.

Dabei, so erwähnte Schmauß, sei diese Planung schon heute oft nicht einfach. Als beim Punkt Stromnetzausbau im Gremium die Forderung laut wurde, bei Erdkabeln sei das Verlegen in öffentlichem Grund zu bevorzugen, merkte er an, dass es bereits jetzt schwierig werde, das etwa entlang der B15 neu umzusetzen: „Im Bereich Schierling ist dazu zum Beispiel schon von beiden Seiten her hingebaut worden.“

Um weitere Zersiedelung – und eine noch stärkere Bevorzugung der

Gemeinden mit Autobahnanschluss – zu vermeiden, kam aus dem Gremium der Vorschlag, zu beantragen, dass das Anbindegebot nicht gelockert werden solle. Diesem folgte die Mehrheit zwar nicht, jedoch wurde es kritisch gesehen, dass jeder noch so kleine Betrieb, der sich in der Nähe des Autobahnanschlusses ansiedeln wolle, sich dort ansiedeln könne. Unter anderem Landrat Josef Laumer, der als Verbandsvorsitzender die Sitzung im Landratsamt leitete, warnte vor Gefahren für die Innenentwicklung der Orte.

Letztlich einigte man sich auf die Formulierung, dass sich an den Ausfahrten der Verkehrsachsen jene Betriebe sollten ansiedeln dürfen, „die auf diese Trassen angewiesen sind“. Man wolle keine Betriebe im Ort haben, die Lärm oder Gestank verbreiten, rund um die Uhr von Lastwagen angefahren werden müssen oder großen Platzbedarf haben. Das ursprünglich noch in der Stellungnahme enthaltene Beispiel von Handwerksbetrieben als Firmen, die damit nicht gemeint sind, wurde gestrichen: Auch ein Handwerksbetrieb könne sehr groß sein, wurde eingewendet – oder sei aufgrund seiner Art innerorts vielleicht nicht zu realisieren. „Des probiern S' amal, mit dem Immissionsschutz“, lauteten mehrere Kommentare.

### Zu viele „zentrale“ Orte

In der Stellungnahme zum Landesentwicklungsprogramm, die bis Dienstag abgegeben sein muss, wird auch eine „inflationäre“ Einstufung in zentrale Orte bemängelt: Wenn mehr als die Hälfte aller Orte zentrale Orte seien, wen sollten diese dann noch mitversorgen? Bei den Mittelzentren beispielsweise sollen für Niederbayern nach derzeitigem

Stand zwei neue Mittelzentren dazukommen, für die Oberpfalz gleich sieben. Zudem vermisst man beim Planungsverband unter anderem Angaben zu den genauen Aufgaben zentraler Orte.

Auch die Kriterien, nach denen die Bestimmung der „Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ erfolgt, missfielen den Ausschussmitgliedern, denn die Finanzkraft einer Gemeinde gehört nicht dazu. – Nach derzeitigem Plan sollen im Landkreis Straubing-Bogen acht, im Landkreis Deggendorf zwölf Gemeinden neu aufgenommen werden. Wer „drin“ ist, hat Zugang zu Fördermitteln; allerdings bedeutet ste Neuaufnahme von Orten, dass für jeden vom Kuchen weniger abfällt.

Zudem wollten die Versammelten unbedingt die Bedeutung der Donau-Moldau-Region gewürdigt sehen, auch wenn diese nicht direkt in die Gliederung der zentralen Orte passt. Der Regener Landrat Michael Adam kritisierte, dass „die Staatsregierung die wichtige Europaregion sträflich vernachlässigt“. Mit der Bitte, diese in den Forderungskatalog aufzunehmen, sah Adam auch MdB a.D. Ernst Hinsken auf seiner Seite: Grenzüberschreitend so gut wie möglich Einfluss zu nehmen, gehöre ebenfalls zur Landesentwicklung, betonte dieser.

Als realitätsfern eingestuft wurde schließlich beim Punkt „Stromnetzausbau“ die Vorgabe, Hochspannungsleitungen sollten im Innenbereich 400 Meter von Wohngebäuden entfernt sein müssen, im Außenbereich 200: „Der Grundgedanke ist gut, aber es geht gar nicht, das einzuhalten“, wurde dazu gesagt.

Die Stellungnahme zum Landesentwicklungsprogramm war nicht einziger Tagesordnungspunkt, es ging bei dem Treffen am Mittwoch

auch noch um die Fortschreibung des Regionalplanes, Kapitel „Freiraumsicherung“. Anders als geplant wurde über den Entwurf für die Grünzüge und landschaftlichen Vorbehaltsgebiete dann doch noch nicht abgestimmt – vor allem, weil von einigen betroffenen Gemeinden keine Rückmeldungen vorlagen. Das Gremium wollte nicht einfach die Zustimmung voraussetzen.

### Petra Harant neue Juristin

Formsache war der Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015 und der Beschluss für Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017. Außer der Reihe stand die Wahl eines neuen Geschäftsführers an, die nötig wurde, weil Birgit Fischer-Rentel das Landratsamt verlässt, die die juristische Geschäftsführung beim Planungsverband innehatte, während die verwaltungsmäßige bei Erich Brunner liegt. Zur neuen juristischen Geschäftsführerin wurde Petra Harant gewählt, die bald die Nachfolge von Birgit Fischer-Rentel antritt und dazu vom Landkreis Regen nach Straubing-Bogen wechselt. –map-

### Auf'schnappt

„Immerhin war das schon Tagesordnungspunkt zwei.“ (Landrat Josef Laumer, nachdem über die Stellungnahme zum Landesentwicklungsprogramm geschlagene zwei Stunden diskutiert worden war)

„Als Staatsanwältin will ich sie ja nicht sehen bei uns im Haus – wenn's privat an Besuch macht, is' ma liaba!“ (Josef Laumer zum Weggang von Juristin Birgit Fischer-Rentel zur Staatsanwaltschaft)